

in Dolsenhain und Genossen um Verfassung von Bewilligungen zu Einrichtung neuer Chausséegeleisebestellen und von Neubauten zu diesem Behufe.

Präsident Dr. Schaffrath: An die zweite Deputation.

(Nr. 528.) Anschließerkklärung des Gemeinderaths zu Wermisdorf und Genossen an die Petitionen um Zuthheilung des Gerichtsamtes Mägeln zum 16. Verwaltungsbezirke mit dem Siege in Döbeln.

Präsident Dr. Schaffrath: An die zweite Deputation.

(Nr. 529.) Die erste Deputation erklärt sich bereit zur mündlichen Berichterstattung über das Königl. Decret Nr. 43, den Zusammentritt einiger Deputationen während der demnächstigen Vertagung der Ständeversammlung betreffend.

Präsident Dr. Schaffrath: Auf die nächste Tagesordnung mitzusehen.

Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist der erste Bericht der zweiten Deputation (Abth. A.) über Abtheilung L. des Ausgabebudgets, den Bauetat und Nr. 17 und 19 des außerordentlichen Budgets betreffend.

(Bericht N. der II. Deput. (Abth. A.), s. Beil. z. d. Mittheil.: Berichte d. II. K. 2. Bd. S. 377 flg.)

Ich eröffne die allgemeine Debatte, wenn eine solche gewünscht werden sollte.

Da Niemand das Wort begehrt, so gehen wir zu den einzelnen Positionen und zwar zuvörderst zu Pos. 85a über und zwar zu Nr. 1 S. 378 flg. des Berichts. Ich frage die Kammer:

„Ob sie mit der Deputation darin übereinstimmt, daß Nr. 1 der Pos. 85a mit 125,000 Thlrn. eingestellt werde?“

Einstimmig bejaht.

Nr. 19 des außerordentlichen Budgets S. 379.

„Will die Kammer Nr. 19 des außerordentlichen Budgets, wie die Deputation Seite 380 anempfiehlt, mit 300,000 Thlrn. bewilligen?“

Ist einstimmig bejaht.

Nr. 2 der Pos. 85a. Abg. Jungnickel!

Abg. Jungnickel: Meine Herren! Ich bin mit der Ansicht der Deputation, die sie im Bericht Seite 381 ausgesprochen hat, vollständig einverstanden, wo sie sagt, daß die bewilligte Summe zur Herstellung neuer Straßen,

sei es auch nur Halbachsee, vorzüglich als Zugangswege zu den Eisenbahnen zu verwenden sei.

Präsident Dr. Schaffrath: Wir sind bei Nr. 2, nicht bei Nr. 3.

„Bewilligt die Kammer die bei der Nr. 2 der Position 85a. eingestellten 4200 Thlr., eingeschlossen 1000 Thlr. transitorisch?“

Ist einstimmig bejaht.

Nr. 3. Abg. Jungnickel!

Abg. Jungnickel: Gestatten Sie mir also fortzufahren und zu erklären, daß ich der Ansicht vollständig beitrete, weil ich bereits schon früher dieselbe Ansicht ausgesprochen habe, daß dem Staate die Verbindlichkeit obliege, denjenigen Landestheilen, die noch nicht so glücklich sind, eine Eisenbahn zu besitzen, mindestens den Vortheil zu gewähren, sie durch Erbauung von Halbachseem mit dem großen Eisenbahneze in nähere und bequemere Verbindung zu bringen. Unlangend die weitere Aussprache der Deputation in Betreff der Herstellung von erhöhten Fußsteigen auf den Chausseem, so hat die Deputation im Bericht sich in sehr beschränkender Weise bezüglich der Ausführung dieser Fußsteige ausgesprochen. Ich hätte Veranlassung, hier einen Antrag zu stellen; doch ich will es unterlassen, weil die Deputation in ihrem Bericht Seite 381 anderweit gesagt hat:

„Sie hält den Staat nur insoweit zu der in Frage befangenen Herstellung für verbunden, wenn dies die allgemeine Steigerung des Verkehrs auf den betreffenden Chausseem erfordert, nicht aber, wenn nur die örtlichen Interessen in Frage kommen.“

Ich nehme also an, daß unter dieser Voraussetzung auch der Staat erhöhte Fußwege herzustellen verbunden ist, sobald nicht nur örtliche, sondern allgemeine Interessen, wie der Bericht sagt, dabei in Frage kommen.

Meine Herren! Ich habe dabei im Auge die Chausseestrecken, die von den betreffenden Orten nach den Bahnhöfen führen. Ich habe zwar gefunden, daß theilweise vom Ort aus nach den Bahnhöfen gute Chausseem mit erhöhten Fußsteigen hergestellt worden sind; allein es giebt aber auch noch Chausseetracte als Verkehrsverbindung mit dem Orte und dem Bahnhofe, wo erhöhte Fußsteige noch nicht in Ausführung gebracht worden sind. Es ist dies leider der Fall an fiskalischen Chausseem, wo mitunter die Fußsteige in so bodenlosem Zustande sind, daß es wohl dringend nothwendig erscheint, daß in dieser Beziehung von Seiten der Staatsregierung Etwas gethan wird. Ich erinnere dabei und muß auf einen speciellen Fall Bezug nehmen und zwar auf die Chausseestrecke vom Ort Limbach nach Bahnhof Limbach. Der Ort hat sich wiederholt wegen